

# tacheles

**GESUNDHEIT**

Das Tarif-Magazin für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer



Bezirksklinikum Obermain-Kutzenberg

Seite 3

## Bleiben die Beschäftigten auf der Strecke?



Seite 6

**Rechtsprechung**  
**Vermutete**  
**Entgeltdiskriminierung**



Seite 7

**Einkommensrunden**  
**Schlaue Sprüche –**  
**Selbstgemacht!**

# Inhalt

Editorial 2

Tarifthemen 3

Bezirksklinikum  
Obermain-Kutzenberg  
Pro Klinik Holding  
Charité  
Schulische Ausbildung in  
Gesundheitsberufen  
Rettungsdienst Landkreis Oder-Spree

Rechtsprechung 6

Einkommensrunden 7

Redaktionsschluss:  
4. Mai 2017



## Impressum

**Herausgeber:** dbb beamtenbund und tarifunion, Bundesleitung, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin,  
**Verantwortlich:** Willi Russ, Fachvorstand Tarifpolitik  
**Redaktion:** Ulrich Hohndorf, Arne Goodson, Andreas Schmalz  
**Gestaltung und Satz:** Jacqueline Behrendt  
**Bildnachweis:** Titel: Gerhard Hermann, fotogestoeber (Fotolia), Dirk Guldner, S.2: Gerhard Hermann, LBB, S.3: Charité, S.6: fotogestoeber (Fotolia), S.7: Dirk Guldner, Friedhelm Windmüller, SLV  
**E-Mail:** tacheles@dbb.de, **Internet:** www.dbb.de  
**Verlag:** dbb verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon 030.7261917-0  
**Druck:** L.N. Schaffrath DruckMedien GmbH & Co. KG. Der Bezugspreis für tacheles ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
**Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 A, 40878 Ratingen  
**Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrissovergis, Telefon: 02102.74023-714, Fax: 02102.74023-99

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Magazin der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

tacheles GESUNDHEIT · 2 · Mai 2017

# Editorial

## Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!



Als Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe am 23. März 2017 in Berlin den Deutschen Pfllegetag 2017 eröffnete, outete er sich als vehementer Unterstützer der Anliegen, die die Beschäftigten im Pflegebe-

reich haben. Der Minister wörtlich: „In Deutschland werden Millionen Menschen gut gepflegt – dank gelebter Solidarität in unseren Familien und dank unserer Pflegekräfte, die sich tagtäglich unermüdlich für Menschen einsetzen, die Hilfe benötigen. Dafür haben unsere Pflegekräfte Anerkennung und Dank, vor allem aber gute Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen sowie eine angemessene Bezahlung verdient – dafür kämpfe ich.“

Ist das jetzt eine typische Sonntagsrede (auch, wenn der 23. März ein Donnerstag war) oder erkennt der Minister tatsächlich, dass die Situation in der Pflege sich immer weiter zuspitzt? Minister Gröhe ist herzlich eingeladen, uns bei unserer mühseligen Tarifarbeit zu helfen. Wir versuchen als Tarifpartner schon seit Jahren, die Situation der aktuell chronisch überlasteten Beschäftigten zu verbessern. Wissend, dass der Nachwuchsmangel nicht minder chronisch ist, eben weil die Arbeitsbedingungen von denen Gröhe spricht, ständig schlechter werden. Und vorausschauend, dass der demografische Faktor das Problem in Zukunft noch vergrößern wird. Es droht der Tag, an dem der Patient zwar noch ein Bett im Krankenhaus bekommt, seinen Pfleger aber selbst mitbringen muss.

Vielleicht macht es Sinn, den Minister zu fragen, wie er die oben gemachte Aussage konkret meint. Schließlich ist die Formulierung „angemessene Bezahlung“ ein ziemlich dehnbarer Begriff. Machen Sie sich doch einfach mal die Mühe! Beziehen Sie sich auf oben stehendes Zitat und fragen den Minister unter [poststelle@bundesgesundheitsministerium.de](mailto:poststelle@bundesgesundheitsministerium.de), wie er sich eine angemessene Bezahlung sowie gute Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen vorstellt!

Generell sollte sich jeder, der im demnächst beginnenden Bundestagswahlkampf von Politikern mit Patentlösungen berieselt wird, die Mühe machen, seine tatsächlichen Probleme zum Beispiel am Arbeitsort Krankenhaus zu schildern, und konkrete Lösungen einfordern. Seien Sie mutig und gestalten Sie den Wahlkampf interaktiv!

Mit freundlichen Grüßen

Willi Russ

## Bezirksklinikum Obermain-Kutzenberg

# Bleiben die Beschäftigten auf der Strecke?



Der Träger des Bezirksklinikums Obermain-Kutzenberg, das Kommunalunternehmen „Gesund-

heitseinrichtungen Bezirk Oberfranken“ (GeBO), hat die Schließung und Auslagerung der thoraxchirurgischen und der orthopädischen Abteilung am Standort Kutzenberg zum 1. September 2017 beschlossen. Diese politische Entscheidung muss nun noch vom Krankenhausplanungsausschuss des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege genehmigt werden. Für die Beschäftigten hat dieses Vorhaben gravierende Folgen. Von derzeit circa 500 Beschäftigten in Kutzenberg sind 115 von der geplanten Maßnahme betroffen. Nach dem Willen der GeBO soll die thoraxchirurgische Abteilung an die Sozialstiftung Bamberg verlegt werden, die orthopädische Abteilung an die Juraklinik Scheßlitz.

### Bleiben Besitzstände gewahrt?

Günter Denzler, Vorsitzender des Verwaltungsrats der GeBO und zugleich Bezirkstagspräsident, versucht in der lokalen Presse die Sorgen der Beschäftigten, die sich im LBB organisiert haben, zu zerstreuen. Eine Stellenbörse in Kutzenberg soll den von der Auslagerung betroffenen Beschäftigten neue Arbeitsplätze bei der GeBO oder bei den aufnehmenden Häusern vermitteln. Außerdem sollen Besitzstände gewahrt werden. Denzler versteht unter Besitzständen jedoch nur „gleiche Arbeit für gleichen Lohn“. Nach arbeitsrechtlichem Verständnis bedeutet eine Besitzstandswahrung allerdings ein umfassendes Schlechterstellungsverbot. Dieses umfasst nicht nur das Entgelt, sondern

zum Beispiel auch betriebliche Altersvorsorge, Anerkennung von Berufserfahrung und weitere Expektanzen wie die zu erwartenden Stufenaufstiege und andere Rechte.

### Überleitungstarifvertrag gefordert

Statt den vollmundigen Versprechungen Taten folgen zu lassen, weigern sich die betroffenen Krankenhäuser beziehungsweise deren Rechtsträger, Tarifverhandlungen zum Schutz der Beschäftigten für eine ordentliche Überleitung aufzunehmen. Nur in einem Überleitungstarifvertrag kann eine echte Besitzstandswahrung vereinbart werden. Hierfür braucht es den Sozialpartner dbb. Unsere Aufforderungen zu Tarifverhandlungen an die Häuser in Scheßlitz und Bamberg blieben bislang unbeantwortet und die Geschäftsführung aus Kutzenberg sieht keine Notwendigkeit für einen umfassenden Schutz der Mitarbeiter, wie sie schriftlich erklärte.

### Debakel für langjährige Mitarbeiter

Gerade für die langjährig Beschäftigten, die mehrere Jahrzehnte in Kutzenberg leben und arbeiten, ist dieses Verhalten der öffentlichen Hand ein Affront. Gegenüber den Pressevertretern zu beschwichtigen, ohne rechtsverbindliche Garantien abgeben zu wollen, hat den Unmut und die Angst vor dem Ungewissen nicht beseitigt. Im Gegenteil: In der Jobbörse wurden den Beschäftigten Stellen angeboten, die ohnehin als öffentliche Stellenanzeigen frei verfügbar sind. Ein echter Mehrwert durch die Jobbörse ist nicht erkennbar. Das Krankenhaus in Scheßlitz zahlt nicht nach Tarif und wird die neu hinzukommenden Beschäftigten aus Kutzenberg nicht zu besseren Konditionen be-

schäftigen als die Altbeschäftigten. Das Klinikum Bamberg hat sich zwar anscheinend bereit erklärt, zumindest das Entgelt zu gleichen Bedingungen weiterzuzahlen. Auf die Nachfrage des LBB-Vorsitzenden Hermann Schilling im persönlichen Gespräch mit Bambergs Oberbürgermeister und zugleich Vorsitzenden des Stiftungsrats der Sozialstiftung Bamberg, Andreas Starke, was mit der betrieblichen Altersvorsorge der Beschäftigten aus Kutzenberg geschieht, kam als Antwort nur eines: Schweigen.

### Wirtschaftlichkeit gewährleisten, aber nicht zu Lasten der Beschäftigten

Das Krankenhaus in Kutzenberg wirtschaftlich konsolidieren zu wollen, ist ein nachvollziehbarer und sinnvoller Schritt der Politik. Die Verantwortlichen haben es dabei aber verpasst, die Interessen der Beschäftigten tarifvertraglich zu schützen, so dass diese die Abteilungsschließungen mittragen. Selbst wenn ein Überleitungstarifvertrag geschlossen würde, müssten die Beschäftigten künftig in jedem Fall weitere Fahrtwege zu ihren neuen Arbeitsplätzen in Kauf nehmen.

Ein weiterer nicht zu vernachlässigender Kritikpunkt ist die mangelnde Transparenz. Was passiert mit Anästhesie und Schmerztherapie, wenn keine Operationen in Kutzenberg mehr durchgeführt werden? Was passiert mit dem Labor? Der dbb fordert die Beteiligten auf, die Karten offenzulegen und mit dem dbb Überleitungstarifverhandlungen aufzunehmen. ■



Foto: Gerhard Herrmann



Foto: LBB



Foto: LBB

Foto: LBB